

Pressemitteilung der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus
Bremen, den 5.7.2013

Keine konkreten Planungs-Informationen zu einem angedachten, massiven Bau-Projekt an der Billungstraße innerhalb des letzten Jahres durch das Bauamt Bremen-Nord.

Aktuell aber ein Schreiben des Bauamtes Bremen-Nord, in dem eine weitere „Informationsveranstaltung zum aktuellen Planungsstand“ angekündigt wird, bevor es zu einem Deputationsbeschluss und der Auslegung der Bauleitpläne kommen soll.

Kontaktaufnahme unsererseits zu Prof. Dr. Klaus Selle, RWTH Aachen, der sich für die Moderation kommender Einwohnerversammlungen bereit erklärt hat. Prof. Dr. Selle ist in Bremen bereits im Rahmen des Hulsberg-Projektes tätig, wo eine echte Bürgerbeteiligung stattfindet. Gemeinsamer Brief am 4.7.2013 von St. Magnuser Anwohnern und Mitgliedern unserer BI an den Leiter des Bauamtes Bremen-Nord, in dem wir eine Antwort auf unsere Forderung vom 10.6. nach einer neutralen Moderation bei künftigen Einwohnerversammlungen einfordern.

Dazu fordert der Sprecher der BI in einem weiteren Brief an das Bauamt vom 13.6. mit einem Mitglied der BI, dass die BI Verfahrensbeteiligte wird.

Nachdem wir im Verlauf des letzten Jahres der Presse und einer Broschüre auf einer Immobilienbörse entnehmen durften, dass in der Billungstraße bis zu 50 Wohneinheiten geplant sind, haben wir bis auf den heutigen Tage keine konkreteren Planungs-Informationen erhalten. Weder in den verschiedenen Burglesumer Beiratssitzungen, noch in der Veranstaltung vom 16.4., in der u. a. sehr kontrovers diskutiert wurde, ob überhaupt an der Billungstraße gebaut werden soll oder nicht, wengleich der Burglesumer Ortsamtsleiter versuchte, diese Debatte nicht aufkommen zu lassen.

Hatte der Ortsamtsleiter von Burglesum, Herr Boehlke noch auf der Einwohnerversammlung nach § 3,1 BauGB am 16.4. betont, er könne sich „ein bis zwei weitere solche Veranstaltungen vorstellen“, soll es jetzt auf einmal nach dem Schreiben des Bauamtes Bremen-Nord vom 28.6.2013 nur zu *einer* weiteren „Informationsveranstaltung zum aktuellen Planungsstand“ kommen, bevor nach einem Deputationsbeschluss die Entwürfe der Bauleitplanung für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt werden sollen (siehe Anhang 1).

Die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus kritisiert das bisherige Verfahren in verschiedener Hinsicht. Zunächst einmal sollte im Randgebiet des Knoop Parks aufgrund dessen, dass es sich hier um ein kostbares Stück Bremen handelt, eine professionelle und gemeinsame Stadtraumplanung unter breiter Beteiligung der Öffentlichkeit stattfinden, die wir bis jetzt nicht erkennen können.

Angesichts der Tatsache, dass 2350 Bürger dieses Bauvorhaben ablehnen und eine ergebnisoffene Planungskonferenz in Fortsetzungen fordern, können wir zudem nicht erkennen, dass diesem Bürgerwillen entsprochen werden soll.

In diesem Stadium, in dem sich eine breite Ablehnung des Bauvorhabens abzeichnet, sollte es Bürger- und Einwohnerversammlungen mit informellem Charakter geben, die also über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen und von neutraler Seite moderiert werden.

In diesen Versammlungen sollten verschiedene Planungsvorstellungen zu dem Gelände an der Billungstraße herausgearbeitet werden, darunter insbesondere die Planungsvorstellung der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus von einer integrativen Mischfläche „St. Magnuser Geest“, die u. a. ein Natur-Bildungsprojekt, einen Begegnungsraum für Jung und Alt und eine kleine Parkpflagestation beinhaltet. Diese Vorgehensweise würde erheblich zur Meinungsbildung der Bürger beitragen und einer Politik- und Verwaltungsverdrossenheit à la „Die machen ja doch was sie wollen“ entgegenwirken.

Ein solches Vorgehen würde bedeuten, dass die Stadt Bremen auf demokratische Weise mit einem wichtigen Stadtraum umgeht, der den Bürgern gehört und ihn daher auch in die Planungen zu diesem Raum einbindet. Weitere Gutachten sollten zu diesem Stadtraum in Auftrag gegeben werden. Die Bürgerinitiative Grünes St. Magnus sollte als Verfahrensbeteiligte einbezogen werden, wie es im Schreiben vom 13.6. vom Sprecher der BI und einem BI-Mitglied gefordert wird (siehe Anhang 2).

Wir haben nach der Versammlung vom 16.4. und dem Schreiben des Bauamtes vom 28.6.2013 jedoch die Befürchtung, dass der Bürger hier im Zuge eines Planungs- und Verwaltungsautomatismus vor vollendete Tatsachen gestellt wird, ohne in die Planungen eingebunden zu werden. Er soll die Rolle eines Statisten auf Verwaltungsveranstaltungen spielen, in der Bürgerbeteiligung nicht praktiziert, sondern simuliert wird. Gelebte Pseudodemokratie eben. Denjenigen, die hier Demokratie nur noch inszenieren, möchte man das Brandt-Wort zurufen: „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“

Aktuell haben St. Magnuser Bürger und Mitglieder der Bürgerinitiative Grünes St. Magnus am 10.6.2013 im Zuge der „nachträglichen Anregungen“ zur Versammlung vom 16.4. einen gemeinsamen Brief an den Leiter des Bauamtes Bremen-Nord, Herrn Maximilian Donaubauer geschrieben und ihm über 2200 Unterschriften übergeben, siehe unsere Presse-Mitteilung vom 1.7.2013. In diesem Brief fordern wir u. a. eine neutrale Moderation auf kommenden Einwohnerversammlungen, die nicht mehr durch den Burglesumer Ortsamtsleiter erfolgen sollte.

In einem weiteren Brief vom 4.7.2013 an die Bauamtsleitung weisen wir darauf hin, dass wir mit Herrn Prof. Dr. Selle, Architekt an der RWTH Aachen aufgenommen haben (siehe Anhang 3). Er sagte uns, dass er in Bremen bereits im Rahmen des Hulsberg-Projektes tätig sei. Bei dieser Quartiersplanung gibt es eine Bürgerbeteiligung, die über den gesetzlichen Rahmen weit hinaus, das Quartier wird mit den Bürgern geplant.

Prof. Dr. Selle hat seine Bereitschaft erklärt, eine Moderation auf kommenden Einwohnerversammlungen durchzuführen. Die Bauamtsleitung müsse ihre Zustimmung aber auch geben, so Prof. Dr. Selle. Nun kommt es auf die Zustimmung der Bauamtsleitung an, die wir in unserem Schreiben vom 4.7. mit der Bitte um Antwort einfordern.

Es mutet etwas sonderbar an, dass in Bremen-Mitte ein Leuchtturmprojekt in Sachen Bürgerbeteiligung durchgeführt wird und es 15 Kilometer weiter für die Bürger nur „Trocken Brot“ gibt, sie härtestes Schwarzbrot kauen müssen.

Unstrittig ist, dass der Knoops Park von überregionaler, touristischer Bedeutung ist.

Der Stadtraum am Rande des Knoops Park hätte es verdient, dass im Rahmen einer breiten Debatte zusammen überlegt wird, welche verschiedenen langfristigen Nutzen für die Bürger und den Bremen-Norder Raum hier entstehen könnten; Nutzen, die weit über bloße Anwohnerinteressen hinausgehen. Diese Bedenken der BI und ihre Forderung nach einem Moratorium erscheinen gerade in Bremen-Nord angebracht, da sich mittlerweile zeigt, dass hier in der Vergangenheit strukturelle Fehler begangen wurden, etwa mit dem Bau des Haaven Höövt. Hätte man an diesem ältesten künstlich angelegten Hafen Deutschlands nicht das Haus des Schiffbauers Johann Lange erhalten können, ja müssen? Will man Räume entwickeln, die auch touristisch zur Geltung kommen sollen, dann darf man nicht bestehende Pflänzchen in dieser Hinsicht zertreten, sondern muss sie gießen, also günstige Rahmenbedingungen bereitstellen.

Kurzatmige und einseitige Debatten über Großprojekte sind in diesem Sinne zu vermeiden.

Die Sprecher der Initiative

Olaf Brandtstaedter

Buddestr. 8/10

28215 Bremen

bra@uni-bremen.de

c/o

Helmut Brandtstaedter

Billungstraße 3A

28759

Dr. Harry Maretzke

Billungstraße 16

28759 Bremen

harry@maretzke.net